

BÜRGERBETEILIGUNG VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN – AUS DEM BLICKWINKEL DER KOMMUNALPOLITIK

Parallele Werkstätten am Sonntag, 28. September 2014, 10.15 bis 11.15 Uhr

Bundesstadt Bonn

Input: Christian Trützler, Stadtverordneter

Moderation: Robert Erasmy, Team Bürgerschaft und Beteiligung, Stadt Mannheim

Am 27. März 2014 hat der Bonner Stadtrat einstimmig die »Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn« beschlossen. Ziel ist es, einen verlässlichen Rahmen für die Umsetzung von Bürgerbeteiligungsprozessen zu geben und gleichzeitig eine kommunale Beteiligungskultur zu etablieren. Beteiligungsprozessen in Bonn liegen künftig 10 Qualitätskriterien für gute Bürgerbeteiligung zugrunde. Sie fordern u. a. die transparente Information der Einwohner/innen, die Ergebnisoffenheit von Beteiligungsprozessen und den verlässlichen Umgang mit den Ergebnissen der Verfahren. Diese Standards gelten für alle rechtlich verankerten und freiwilligen Bürgerbeteiligungsprozesse in Bonn. Wesentliche Elemente sind zum Beispiel die Etablierung einer Vorhabenliste und die Einsetzung eines Beirats Bürgerbeteiligung.

Die Bonner Leitlinien wurden von einer Gruppe mit 23 Mitgliedern erarbeitet, die sich aus Einwohner/innen, Politiker/innen und Verwaltungsmitarbeiter/innen zusammensetzte. Christian Trützler, der dieser AG als Politiker angehörte, berichtet von seinen Erfahrungen und den wesentlichen Herausforderungen beim Prozess der Erarbeitung sowie den ersten Schritten hin zu deren Umsetzung – und er denkt schon darüber nach, wie die Leitlinien weiterentwickelt werden können.

Stadt Graz

Input: Andrea Pavlovec-Meixner, Gemeinderätin

Moderation: Hanns-Jörg Sippel, Stiftung Mitarbeit, Bonn

Die Stadt Graz will zukünftig in größerem Umfang Mitgestaltungsprozesse ermöglichen. Übergeordnetes Ziel ist die Entwicklung einer »neuen Kultur des Dialoges« in der Grazer Kommunalpolitik. Um dies zu erreichen wurden die »Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung bei Vorhaben und Planungen der Stadt Graz« erarbeitet und im Mai 2014 vom Gemeinderat einstimmig beschlossen. Die Leitlinien definieren neben Strukturen auch Spielregeln für die Mitsprache der Bürger/innen an politischen Entscheidungsprozessen. In aufeinander aufbauenden Phasen wird künftig der Gestaltungsspielraum für Beteiligung ausgelotet und ein Beschluss über Beteiligung sowie die Wahl des Beteiligungskonzeptes erfolgen.

In den Leitlinien wird auch geregelt, wie Beteiligungsergebnisse durch die Entscheidungsträger/innen behandelt werden. Basis für den gesamten Prozess ist eine frühzeitige und umfassende Information der Öffentlichkeit mithilfe einer Vorhabenliste. Eine Probephase startet ab November 2014. Hierzu soll nach einem halben Jahr ein Evaluierungsbericht erarbeitet werden. Andrea Pavlovec-Meixner berichtet in dieser Werkstatt aus dem Blickwinkel der Politik über den Prozess der Entwicklung sowie die Grundidee und die Grundsätze zur Handhabung der Leitlinien. Im Zentrum stehen dabei die Fragen, welche Anforderungen die Grazer Leitlinien erfüllen und welche aus politischer Sicht offen bleiben.

Stadt Heidelberg

Input: Gabriele Faust-Exarchos, Altstadträtin

Moderation: Claudia Leinauer, Stiftung Mitarbeit, Bonn

Die Leitlinien für eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung in Heidelberg wurden 2012 im Gemeinderat beschlossen. Aktuell laufen mehrere Beteiligungsverfahren, die sich sehr unterschiedlich gestalten, abhängig von Größe, Mitwirkung und Interessenlagen. Eine erste Evaluation wird gerade durchgeführt. Bürgerschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik sind Teile eines neuen Weges, der gegenseitiges Vertrauen, Transparenz, Dialogkultur, Kompromissfähigkeit und Toleranz erfordert. In Heidelberg wurde hierbei bereits einiges erreicht, was sich in der Vorhabenliste, den projektbezogenen Dokumentationen, dem Internet-Auftritt und den Verfahrensabläufen widerspiegelt.

Der Gemeinderat ist aufgerufen, sich intensiv an diesen Prozessen zu beteiligen und alle artikulierten

Interessen unter Berücksichtigung der beschlossenen Rahmenpläne, Ziele, Konzepte und nicht zuletzt des Gemeinwohls abzuwägen. Das Spannungsfeld, in welchem dabei entschieden und beschlossen wird, ist den beteiligten Bürger/innen oft schwer zu vermitteln. Gabriele Faust-Exarchos diskutiert in ihrer Werkstatt darüber, welche neuen Anforderungen sich durch die Erarbeitung und Anwendung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung für die Kommunalpolitik ergeben. Dabei geht es unter anderem um den Aufbau von Vertrauen, um eine sensible, verbindliche Aufbereitung der Ergebnisse, aber auch um die Frage, wie die Distanz zwischen »Entscheidungsträger/innen« und »Mitgestalter/innen« verringert werden kann. Gabriele Faust-Exarchos fragt als Kommunalpolitikerin zudem danach, wie eine nachvollziehbare Rückkopplung der Ergebnisse und eine Mobilisierung und Schulung der Bürgerinnen und Bürger gelingen kann.

Freie Hansestadt Bremen

Input: Marie Hoppe, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
Moderation: Marion Stock, Stiftung Mitarbeit, Bonn

Im September 2013 wurde in Bremen die Erstellung eines »Entwicklungsplans Bürgerbeteiligung – Betroffene zu Beteiligten machen!« verabschiedet. Ziel ist es, die Bürgerbeteiligung in der Freien Hansestadt zu systematisieren und zu verstetigen. Unter Beteiligung der Bevölkerung und der Stadtteilparlamente werden ein Leitbild zur Bürgerbeteiligung erstellt und Zielsetzungen, Zuständigkeiten und Kosten der Bürgerbeteiligung geklärt. Der Entwicklungsplan soll zudem Aussagen darüber treffen, wie künftig mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung umgegangen wird, wie politikferne Gruppen einbezogen und auf welchen Wegen die Mitarbeiter/innen der Verwaltung geschult werden. Parallel hierzu hat sich ein Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung gegründet, das diesen Prozess kritisch begleitet. Marie Hoppe berichtet in dieser Werkstatt über die aktuellen Beteiligungsaktivitäten in Bremen und stellt die Herausforderungen aus ihrer Sicht als Kommunalpolitikerin dar. Sie diskutiert mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unter anderem über die »Sorge« der Politiker/innen um die Macht der »Wutbürger/innen«, die Unschärfen bei der Verwendung des Beteiligungsbegriffs und die (geringen) Einflussmöglichkeiten der Politik bei der Umsetzung von Bürgerbeteiligung.

Stadt Wolfsburg

Input: Hans-Georg Bachmann, Beigeordneter im Rat
Moderation: Anette Quast, polis aktiv – Stadterneuerungen und Moderation, Hamburg

Die Stadt Wolfsburg hat in den vergangenen Monaten zusammen mit verschiedenen Beteiligten aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung das »Konzept BürgermitWirkung Wolfsburg« erarbeitet. Ziel ist es, die Identifikation mit der Stadt zu verstärken und eine Beteiligungskultur in Form von aktiver Mitwirkung der Bürger/innen zu etablieren.

Auf Basis von acht Bürgergutachten, die von Kindern, Jugendlichen und per Zufallsgenerator ausgewählten Bürger/innen erstellt wurden, hat ein prozessbegleitender Arbeitskreis die Ergebnisse zu einem Konzept und den Regeln für BürgermitWirkung zusammengeführt. Damit gibt sich die Stadt einen verbindlichen Rahmen für Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. Eine Vorhabenliste dient zur frühzeitigen Information der Bürger/innen. Zudem können alle Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren ein BürgermitWirkungsverfahren zu einem bestimmten Thema beantragen, es wird ein »runder Tisch mitWirkung« eingerichtet, je eine Teilnehmerin/ein Teilnehmer aus einem MitWirkungsverfahren erhält das Rederecht im Ortsrat oder Fachausschuss und es wird das Bürgerbüro mitWirkung als erste Anlaufstelle für das Thema BürgermitWirkung eingerichtet...

Hans-Georg Bachmann stellt den Prozess zur Erstellung des Konzeptes und die Ergebnisse aus seiner Sicht als Kommunalpolitiker dar. Er berichtet in der Werkstatt, was ihm als Politiker bei der Erarbeitung des Konzeptes BürgermitWirkung wichtig war und diskutiert mit den Teilnehmer/innen über Chancen, Herausforderungen und Hemmnisse auf dem Weg hin zu einer verbindlichen kommunalen Bürgerbeteiligung.